

Herstellung einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung. Das öffnet schließlich auch den Weg zur Überwindung der Spaltung Deutschlands, der mit der Annäherung der beiden deutschen Staaten durch die Schaffung einer Konföderation beginnen muß.

Während bei Sozialdemokraten und Gewerkschaftern das Verständnis für die Notwendigkeit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und in ganz Deutschland wächst, sperren sich die Führer der SPD und des DGB noch immer gegen diese Entwicklung.

Aber hat nicht gerade das Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen eindeutig bewiesen, daß nur die Abkehr von der antikommunistischen Hetze, nur die Zusammenarbeit der Arbeiterparteien, nur das Zusammengehen aller fortschrittlichen Kräfte den Sieg über die Reaktion verbürgen?

Aber statt den aggressiven Charakter der Politik des deutschen Imperialismus und seiner Adenauer-Regierung entlarven zu helfen, erklärt Carlo Schmid im Bundestag: Es sei klar, daß die CDU den Atomtod bestimmt so wenig wolle wie die SPD. (Heiterkeit.)

Statt für die Einheit aller wirklichen Gegner des Atomtodes zu wirken, verspricht Carlo Schmid der CDU, dafür sorgen zu wollen, daß die Kommunisten aus den Ausschüssen gegen den Atomtod entfernt würden. (Pfuirufe.)

Statt die Rüstungskonzerne als die Einpeitscher der Atomkriegspolitik zu brandmarken, verteidigt Deist die großen Monopole als eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Auf dem Parteitag der SPD wurde im Beschluß festgestellt, daß die Adenauer-Regierung mit der Atomrüstung die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich macht.

Wie vereinbart es sich damit, daß die SPD-Fraktion im Bundestag in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gemeinsame Sache mit der CDU macht und weiter alle Vorschläge der DDR, wie Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen zur Bildung einer Konföderation und damit zur Annäherung der beiden deutschen Staaten, ablehnt?

Nun veröffentlicht der Westberliner „Kurier“ gestern die ungeheuerliche Behauptung, in Bonn hätten sich die Fraktionen der SPD, der FDP und der CDU geeinigt, künftig in außenpolitischen und gesamtdeutschen Fragen enger als bisher zusammenzurücken und dafür